

RAINER ECKERT

REVOLUTION IN POTSDAM

Eine Stadt zwischen Lethargie, Revolte und Freiheit (1989/1990)



Rainer Eckert

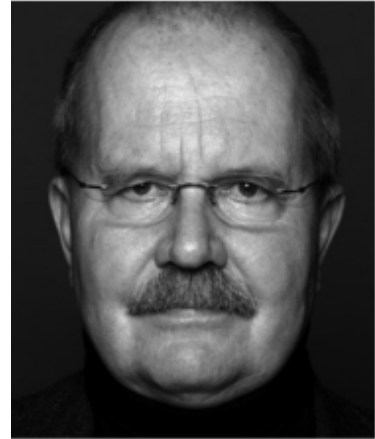
REVOLUTION IN POTSDAM

Eine Stadt zwischen Lethargie, Revolte und Freiheit (1989/1990)



**EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig**

Rainer Eckert, Dr. phil., Jahrgang 1950, studierte Geschichte und Archivwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1972 wurde er aus politischen Gründen relegiert und von der Staatssicherheit verfolgt, erhielt dann jedoch eine Stelle für bibliographische Arbeiten am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, wo er auch promovieren konnte. Im Zuge der Friedlichen Revolution wurde er stellvertretender Direktor des Institutes für deutsche Geschichte und 1997 Leiter und dann Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig. 2001 habilitierte er sich und wurde 2006 außerplanmäßiger Professor für politische Wissenschaften an der Universität Leipzig. Eckert forscht zur Zeitgeschichte und Geschichtspolitik und ist Mitglied zahlreicher geschichtspolitischer Gremien.



Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtgestaltung: makena plangrafik, Leipzig

Coverbild: Demonstration Wilhelm-Külz-Straße Potsdam, 4. November 1989,

Foto: Bernd Blumrich

E-Book-Herstellung: Zeilenwert GmbH 2017

ISBN 978-3-374-05024-6

www.eva-leipzig.de

Meinen Freunden in Potsdam.

Nach jeder abgeschlossenen Arbeit gilt es Dank zu sagen. Der gilt zuerst meinen Potsdamer Freunden aus Opposition und Subkultur der „wilden“ 1960er und 1970er Jahre. Diese Zeit mit dem Potsdamer Höhepunkt der allabendlichen Treffen im „Café Heider“ und den daran anschließenden „Feten“ ist heute weitgehend aus dem Gedächtnis verschwunden. Auch die Revolutionäre von 1989/90 wussten nicht, in welcher Tradition sie standen.

Die Friedliche Revolution selbst habe ich nicht in Potsdam erlebt oder mitgestaltet. Vielleicht gab mir das die innere Distanz, die Vorgänge zu beschreiben. Ich wäre glücklich, wenn sich die hier Handelnden in meinem Buch wiederfinden könnten und sich ihrerseits auf ihre Vorgänger im Kampf gegen die stalinistische Diktatur besinnen würden.

Den Druck meines Buches ermöglichte die Unterstützung der Bundesstiftung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Hier sei besonders Dr. Robert Grünbaum gedankt. Hilfe erhielt ich auch von der Brandenburger Beauftragten für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, und ihrem Mitarbeiter Rainer Potratz sowie durch die Bereitstellung der zahlreichen Akten der SED-Geheimpolizei in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR durch Carsten Repke. Das gilt genauso für die Mitarbeiter des Berliner „Robert-Havemann-Archivs“ und die des Brandenburgischen Landeshauptarchivs. Aber auch ohne die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Leipziger Evangelischen Verlagsanstalt mit ihrer Leiterin Dr. Annette Weidhas wäre das Buch nicht erschienen. Und nicht zuletzt wurde das Buch fertig, weil meine Frau Petra Korrektur las. Hierfür allen meinen herzlichen Dank.

Rainer Eckert
2. Februar 2017

Inhalt

Titel

Der Autor

Impressum

Meinen Freunden in Potsdam.

I. Potsdam unter der SED-Diktatur

II. Forschungslage und Archivsituation

**III. SED und Staatssicherheit sowie die
Bevölkerungstimmung in Potsdam**

IV. Opposition in Potsdam

1. Antifa/Anti-Skinheads/Anti-Skinhead-Liga
2. Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz und
Stadtgestaltung „ARGUS“
3. „Arbeitsgemeinschaft Pflingstberg“
4. Die Babelsberger „Schmiede“
5. Friedrichsgemeinde Potsdam-Babelsberg/Gruppe
„Kontakte“
6. „Hauskreis Hugler“
7. „Arche“
8. „Friedenskreis des Kirchenkreises Potsdam“
9. Dritte-Welt-Gruppen/Lateinamerika-Arbeitskreis
„Tierra Unida“ bzw. „tierra unida“
10. „Freundeskreis der Wehrdiensttotalverweigerer“
11. „Evangelische Ausbildungsstätte für
Gemeindepädagogik“ [GPA]

12. „Ausbildungsstätte für evangelische Gemeindediakonie und Sozialarbeit“ [„Civil-Waisenhaus“]
13. Gegenkulturelle Oppositionstreffs in C afes und Kneipen: Das „C afe Heider“
14. Skinheads, Punks, „Gruftis“ und Heavy-Metal-Fans

V. Auf dem Weg zur Revolution 1989/1990

VI. Friedliche Revolution

1. „Neues Forum“ [NF]
2. Demonstrationen
3. Sozialdemokratische Partei in der DDR [SDP]
4. Andere oppositionelle Parteien und Gruppen

VII. Entwicklung der Revolution

1. Weitere Demonstrationen, Veranstaltungen und Diskussionen
2. Auflösung der Staatssicherheit
3. „Rat der Volkskontrolle“ [Rd VK]
4. „Runder Tisch des Bezirkes Potsdam“/
„Regionalausschuss für die Region Berlin (Hauptstadt der DDR), Berlin (West), Bezirk Potsdam, Bezirk Frankfurt (Oder)“
5. Gründung des Landes Brandenburg und freie Wahlen

VIII.

Zusammenfassung

IX. Archivalien

1. Brandenburgisches Landeshauptarchiv
2. Bundesarchiv Berlin
3. Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

4. Robert-Havemann Gesellschaft: Archiv der DDR-Opposition
5. ARGUS Potsdam e. V.
6. Privatarchiv Manfred Kruczek

X. Literatur

1. Literatur mit direktem Potsdam-Bezug
2. Allgemeine Literatur
3. Internet-Quellen

XI. Personenregister

XII. „Tarnbezeichnungen“ des Ministeriums für Staatssicherheit

1. „Operative Vorgänge“, „Operative Personenkontrollen“ und Decknamen für Oppositionelle sowie andere Persönlichkeiten
2. „Gesellschaftliche Mitarbeiter Sicherheit“, „Inoffizielle Mitarbeiter“ und „Kontaktpersonen“

XIII. Abbildungsnachweis

Anmerkungen



Potsdam unter der SED-Diktatur

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus war Potsdams Innenstadt durch den alliierten Bombenangriff am 14. April 1945 schwer zerstört und den Alltag der Potsdamer bestimmten die Suche nach Nahrung und die Angst vor brutalen Übergriffen der sowjetischen Besatzungsmacht.¹ Diese Angst war durch willkürliche Verhaftungen und zahllose Vergewaltigungen durch Angehörige der Besatzungstruppen durchaus begründet.² Die neuen kommunistischen Machthaber hatten ein gespaltenes Verhältnis zu Potsdam, das für sie zuerst durch den Geist des Militarismus und Bürokratismus in Preußen geformt war. Diese Einstellung war nicht unbegründet, war doch das traditionsreiche Potsdam, ab 1952 Bezirksstadt, als Residenzstadt des Landes Brandenburg durch sein preußisches Erbe als Verwaltungs-, Garnisons- und Beamtenstadt nicht unwesentlich geprägt. Durch die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz der Siegermächte vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 über das weitere Vorgehen nach dem Kriegsende wurde die Stadt aber auch zum Symbol des durch den Eisernen Vorhang geteilten Europas. In Potsdam folgten nach der Errichtung der sowjetischen Besatzungsmacht die Entnazifizierung, die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und die Stadt hatte das Problem der Unterbringung bzw. Versorgung der Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu bewältigen. Schon früh litten die Potsdamer unter Repressionen der sowjetischen Besatzungsmacht und der deutschen Kommunisten. Zuerst traf es bürgerliche

Politiker, wie Bürgermeister und Mitglied der Christlich Demokratischen Union [CDU] Dr. Erwin Köhler³, der sein politisches Engagement mit dem Leben bezahlen musste, junge Christen und ab 1946 Sozialdemokraten, die sich der Zwangsvereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands [SPD] mit der Kommunistischen Partei Deutschlands [KPD] zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands [SED] widersetzen. Dieser Terror führte dazu, dass Potsdam bis zum Bau der Berliner Mauer 1961, der die Stadt mit einer 13,1 km langen Grenze von West-Berlin abschottete, sowie durch Flucht und Vertreibung sein eingessesenes Bürgertum fast vollständig verlor.⁴ Mit dem Mauerbau zerstörte die SED das enge Miteinander in der Region, die Menschen gewöhnten sich in ihrer Mehrheit schleichend an diesen Zustand. Schließlich war ein Höhepunkt der Repression die Sprengung der Potsdamer Garnisonkirche 1968, gegen die eine evangelische Junge Gemeinde schweigend protestierte.⁵

Aber wie auch in anderen ostdeutschen Städten – so in Leipzig⁶ – hatte es in Potsdam früh Widerstand gegen die kommunistische Diktatur gegeben, der auch im gesamten Land Brandenburg einen Höhepunkt mit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 hatte, 1961 gab es auch Protest gegen den Mauerbau und immer wieder versuchten Menschen, die Grenzsperrern zu überwinden. Dazu kamen die „Ausreiser“ – allein bis etwa Mitte Oktober 1989 verließen 2.790 Potsdamer die DDR, davon 2.587 in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin.⁷ Und in den 1980er Jahren entwickelte sich auch hier eine oppositionelle Bürgerbewegung, die zwar zuerst auf die Reform der DDR und ihres „Realsozialismus“ zielte, dann aber zu ihrem Ende maßgeblich beitrug.

Potsdam prägen aber auch seine Schlösser und Gärten, der Tourismus und der Leistungssport. Wichtig und für die spätere Entstehung einer Umwelt-, Stadtgestaltungs- und

Stadtökologiebewegung ausschlaggebend, waren die Anstrengungen, der Stadt ein „sozialistisches Gesicht“ zu geben. Dem fielen die noch aufbaufähige Ruine des Stadtschlosses, die Garnisonkirche, der Turm der Heiliggeist-Kirche, die Ruine des Schauspielhauses und der Stadtkanal zum Opfer. Auch die Wohnhäuser des barocken Stadtkerns sollten durch seelenlose Hochhäuser und Plattenbauten verdrängt werden. Für die Oberbürgermeisterin Brunhilde Hanke⁸ waren dies Schritte, damit „unsere Stadt [...] aus einer Hochburg des preußischen Militarismus zu einer Stadt des Friedens und der Menschlichkeit“⁹ werden konnte. Die Vernichtung des historischen Stadtkerns traf in Potsdam auf erheblichen Widerstand und konnte bis zur Friedlichen Revolution nur teilweise realisiert werden. Die letzten Flächenabrisse erfolgten 1988/89 in der Jäger-, Gutenberg- und Dortustraße. Aus Sicht der SED war Potsdam in den 1980er Jahren schließlich zu einer „Stadt der Industrie, der Wissenschaft, der Bildung und Kultur sowie des Tourismus in der Phase der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft“ geworden.¹⁰ Die Mehrzahl der Potsdamer sah das anders und symbolisch fand die unheilvolle Politik der Staatspartei am 10. November 1989 mit einem Fest der Wiedervereinigung auf der Glienicker Brücke [damals noch Brücke der Einheit] ihr Ende.

In den Jahrzehnten davor hatte die SED Potsdam unter ihren ideologischen Vorgaben als Verwaltungs- und Garnisonsstadt ausgebaut. Wie in der ganzen DDR monopolisierte auch in Potsdam die Sozialistische Einheitspartei mit ihren Bezirks- und Kreisleitungen die Macht. Erster Sekretär der Bezirksleitung der SED von 1976 bis 1989 war, als Nachfolger von Werner Wittig, der ehemalige Führer der Jugendorganisation der Partei, Freie Deutsche Jugend [FDJ]¹¹, Günther Jahn¹². An der Spitze der Verwaltung stand von Juni 1977 bis Mai 1990 als

Vorsitzender des Rates des Bezirkes der „Genosse“ der Staatspartei Dr. Herbert Tzschoppe¹³ und Erste Sekretär der SED-Kreisleitung Potsdam war im Revolutionsjahr 1989 Heinz Vietze, der als Folge der Friedlichen Revolution am 15. November dieses Jahres zum Ersten Sekretär der Bezirksleitung, dann ab 12. Dezember des Bezirksausschusses der SED bzw. des Landesverbandes Brandenburg der Partei des Demokratischen Sozialismus [PDS] aufstieg.¹⁴ Zu den Einrichtungen der SED zählten auch die Parteischulen in Potsdam-Waldstadt und die in unmittelbarer Nähe in Kleinmachnow. Als Nachfolger von Vietze wurde Rolf Kutzmutz¹⁵ im November 1989 zum Ersten Sekretär der SED-Kreisleitung gewählt. Auf Oberbürgermeisterin Hanke folgte 1984 Wilfried Seidel, dem vom 22. Mai 1989 bis zum Mai 1990 Manfred Bille nachfolgte. Seidel war danach Vorsitzender des Komitees der Arbeiter- und Bauerninspektion [ABI] in Potsdam.¹⁶

In seiner Funktion als Leiter der SED-Kreisleitung war Vietze auch Leiter der Kreiseinsatzleitung, die sich in einem Kasernenkomplex in Potsdam befand. Sie war auf der Kreisebene als Pendant zur Bezirkseinsatzleitung das Gremium zur Koordinierung des Sicherheitskomplexes – der SED, der Staatssicherheit [Ministerium für Staatssicherheit, MfS, Geheimpolizei der SED], der Volkspolizei, der Kampfgruppen der Arbeiterklasse, der Zivilverteidigung und der staatlichen Leitung des Kreises Potsdam. Diese Struktur war nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 aufgebaut worden und an ihrer Spitze stand der Nationale Verteidigungsrat unter der Leitung des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker. Die Einsatzleitungen waren im Krisenfall für „Planung und Koordinierung“ der „Gefechts- und Einsatzbereitschaft“ in ihrem Territorium zuständig. Sie waren also bereits in Friedenszeiten ein Notstandsinstrumentarium, das auch gegen die innere Opposition eingesetzt werden konnte. Zu

diesem Zweck wurden sowohl der Bürgerkrieg als auch das Vorgehen gegen „Sabotageaktionen“ und Demonstrationen geübt. Christian Boß hat Recht mit der Ansicht, dass dies umso konkreter und realistischer wurde, je mehr es auf das Jahr 1989 zuing.¹⁷

Bereits 1988 hatte die Potsdamer Volkspolizei unter dem Codewort „Störfeuer“ in einer Übung folgende Lage zu bewältigen: Es wurde angenommen, dass sich nach einer kirchlichen Veranstaltung auf dem Platz der Nationen [heute wieder Luisenplatz] ca. 400 Menschen mit „pazifistischen Forderungen“ und „antisozialistischen Parolen“ versammelt hätten und die Versammlung nicht auflösen würden. Darauf sollte die Volkspolizei mit 120 „Zuführungen“ und 15 Haftbefehlen, darunter gegen zwei West-Berliner, reagieren. Eine ähnliche Übung fand im Sommer 1989 auf dem Truppenübungsplatz I des Innenministeriums bei Belzig im Bezirk Potsdam statt. Dabei waren die Leiter der Kreiseinsatzleitungen, die Polizeiführer des Bezirks Potsdam und die Bezirkseinsatzleitung unter Günther Jahn anwesend. Am 20. Juli 1989 probte man schließlich eine

„Demonstration der Handlungen von Teilkraften der Volkspolizei Berlin im Zusammenwirken mit anderen Dienstzweigen der Deutschen Volkspolizei bei der Herauslösung von Störern aus einem Marschblock sowie aus einer Menschenansammlung (erlaubnispflichtige Veranstaltung)“.¹⁸

Das angenommene Objekt des Häuserkampfes war der Potsdamer Platz der Einheit und Polizisten mussten mit Transparenten die Demonstranten spielen, gegen die ihre Kameraden vorgingen. Ausgegangen wurde wiederum von etwa 400 Demonstranten und ca. 120 „Störern“. Entsprechend diesem Konzept handelte die Polizei schon einige Wochen später am 7. Oktober in Potsdam.

Zu den Strukturen der Volkspolizei im engeren Sinn kamen in Potsdam zu den „bewaffneten Kräften“ noch die

Nationale Volksarmee [NVA] mit dem Kommando der Landstreitkräfte in Potsdam-Wildpark/West, die Bereitschaftspolizei, die Transportpolizei, der Zoll [stark mit Mitarbeitern der Staatssicherheit durchsetzt] und das Grenztruppenkommando 44. Grundsätzlich arbeiteten alle Strukturen der Deutschen Volkspolizei eng mit denen des Ministeriums für Staatssicherheit zusammen. Das galt sowohl für die Bekämpfung der Opposition, im Sprachgebrauch der Diktatur der vom „Westen“ gesteuerten „feindlichnegativen Kräften“, für die Überwachung subkultureller Jugendmilieus als auch für die Kontrolle von Schusswaffen, Giften und Sprengstoffen.¹⁹

Die Staatssicherheit unterhielt in Potsdam ihre Bezirksverwaltung, 1989 unter Generalmajor Helmut Schickart, in der Hegelallee, ein Untersuchungsgefängnis in der Otto-Nuschke-Straße [heute wieder Lindenstraße], einen „Ausweich-Führungspunkt“ in Potsdam Bornim, ein „Objekt“ in der Geschwister-Scholl-Straße 44 und eine Kreisdienststelle in der Puschkinallee, im gleichen Jahr unter Oberst Peter Puchert. Dazu kamen weitere 14 Kreisdienststellen in anderen Städten des Bezirkes Potsdam mit Mitarbeitern, die zum erheblichen Teil in „konzentrierten Wohngebieten“ wohnten.²⁰ Die Zahl der Angehörigen des MfS im Bezirk Potsdam war die wohl größte in allen DDR-Bezirken außerhalb Ost-Berlins.²¹ Die hohe Mitarbeiterzahl hatte auch damit zu tun, dass in der Bezirksverwaltung der Geheimpolizei eine mitarbeiterstarke Abteilung für Passkontrolle arbeitete, die 13 Grenzübergangsstellen zu West-Berlin „führte“. Dazu kam, dass fünf Kreisdienststellen mit der „Grenzsicherung“ beauftragt waren. Von besonderer Bedeutung für das MfS waren neben der Untersuchungshaftanstalt in Potsdam seine ab 1951 bestehende „Juristische Hochschule“ in Potsdam-Golm, die seit 1981 direkt dem Staatssicherheitsministerium in Ost-Berlin unterstellt

war.²² Aus dieser Ausbildungsstätte der Geheimpolizei wurde mit einem Beschluss der Regierung Hans Modrow vom 1. Februar 1990 mit Wirkung zum 1. März ein Teil der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ in Potsdam, die 1991 in Universität Potsdam umbenannt wurde.²³ Gleichzeitig sollten die dort befindlichen medizinischen Einrichtungen und Kindergärten erhalten bleiben, es war ein Altersheim einzurichten. Die Wäscherei, die Druckerei und eine Autowaschanlage der Geheimpolizei standen jetzt der Bevölkerung offen – auch sollten einige ihrer Gebäude als Wohnungen genutzt werden. Heute befinden sich auf dem Gelände der ehemaligen Juristischen Hochschule die beiden Philosophischen Fakultäten der Universität.

Die Potsdamer Bezirksverwaltung des MfS mit ihren Kreisdienststellen, mit 32 Abteilungen, Referaten und Arbeitsgruppen beschäftigte 1989, 3.868 Personen.²⁴ Darunter waren 689 Offiziere, die „Inoffizielle Mitarbeiter“ [IM] führten, das heißt diese anleiteten, überwachten und ihre Spitzelberichte auswerteten. Das waren bei einzelnen dieser Offiziere bis zu 30 „Inoffizielle Mitarbeiter“, dazu kamen 68 „Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter“ [HIM] und in Schlüsselpositionen 32 „Offiziere im besonderen Einsatz“ [OibE]. Die Untersuchungsabteilung [Abteilung IX] hatte 52 Mitarbeiter, darunter ein OibE, die sich mit unterschiedlichen Arbeitsgebieten beschäftigten, die Schwerpunkte waren dabei Ermittlungsverfahren und Fahndungen.²⁵ Von Januar bis Oktober 1989 hatte das Potsdamer MfS 770 neue Inoffizielle Mitarbeiter gewonnen, 995 Menschen hatte es als IM-Vorlauf im Visier und die Akten von 686 IM waren archiviert worden. Seine Untersuchungshaftanstalt in der Otto-Nuschke-Straße stand Tag und Nacht für Vernehmungen zur Verfügung und hier wurde auf die Inhaftierten brutaler physischer und psychischer Druck ausgeübt.²⁶ Die Untersuchungs-Haftanstalt beschäftigte 1989 49 Mitarbeiter, einer davon

war Zivilangestellter. In den ersten beiden Monaten des Jahres 1989 hatte die Untersuchungsabteilung des MfS 48 Ermittlungsverfahren „abgerechnet“, darunter die Mehrzahl von 35 Verfahren wegen „ungesetzlichen Grenzübertritts“.²⁷ Insgesamt verhaftete die Geheimpolizei im Bezirk Potsdam von Januar bis Oktober 1989 384 Menschen, darunter 350 wegen „versuchter Republikflucht“. Das Ministerium für Staatssicherheit verstand sich auch in Potsdam immer als „Schwert und Schild der Partei“, also der Staatspartei SED. Den Mitarbeitern der Geheimpolizei war bis zum Herbst ein Ende des MfS unvorstellbar und sie waren wohl auch überrascht darüber, welcher Hass ihnen jetzt auch in Potsdam entgegenschlug.

Wie in der gesamten DDR arbeitete die Geheimpolizei in Bezirk und Stadt Potsdam mit zahlreichen Organisationen und Einrichtungen, die sie als „Partner [bzw. Organe] der Zusammenarbeit“ bezeichnete, Hand in Hand. Diese „Kooperation“ sollte ständig ausgebaut werden und wurde von der Staatssicherheit mit hoher Aufmerksamkeit überwacht. Eine solche Kontrolle fand auch im Bezirk Potsdam zwischen dem 10. und dem 28. August 1989 mit dem Leiter der Bezirksverwaltung, dem „Stellvertreter Operativ“, dem Leiter der „Auswertungs- und Kontroll-Gruppe“, der Abteilung X und ausgewählter Leiter von Kreisdienststellen statt.²⁸ Zielstellung der Kontrolle war es,

„eine kontinuierliche politisch-ideologische Beeinflussung feindlicher bzw. negativer Kräfte durch die Einbeziehung staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte der Partei [der SED] sowie die Nutzung der Potenzen des MfS zu erreichen“.²⁹

Dafür sollte besonders der Einsatz dieser „gesellschaftlichen Kräfte“, das bezog sich letztlich jedoch nicht nur auf die SED, sondern auch auf Funktionäre und zuverlässige Mitglieder von Blockparteien und

Massenorganisationen, in Zusammenarbeit der Dienststellen des MfS mit den 1. Sekretären der Kreis- bzw. der Bezirksleitung der SED aktiviert werden. Dazu waren die SED-Funktionäre mit geheimen Parteiinformationen entsprechend auszustatten und dabei die „stabilen Arbeitsbeziehungen“ zu nutzen, um so konsequent gegen die „Kräfte des politischen Untergrunds“³⁰ vorzugehen. Diese Informationen überwachte das MfS misstrauisch, dabei ging es ihm darum, den „vorbeugenden Aspekt“ stark zu beachten, um so zur Stabilisierung der Diktaturen und besonders ihrer Volkswirtschaft beizutragen.³¹ Auf Mängel und Missstände sowie sich „anbahnende Tendenzen oder Schwachstellen“ war hinzuweisen und darüber waren auch die „Organe des politisch-operativen Zusammenwirkens“ besonders die Abteilungen Inneres des Rates des Bezirkes, der Räte der Kreise, die Deutsche Volkspolizei und die „Arbeiter- und Bauerninspektionen“, unter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung, zu informieren. Das MfS stellte sich in diesem Zusammenhang die Aufgabe, die „in Erscheinung tretenden Personengruppen verstärkt zu differenzieren“, seine „offiziellen“ und „Inoffiziellen Mitarbeiter“ konsequent zur Gewinnung von Informationen über die Bevölkerung zu nutzen und schnell und selbständig auf aktuell-politische Ereignisse und „Erscheinungen“ zu reagieren.³² Kritisch war es für die Potsdamer Bezirksverwaltung des MfS, dass ihre Kreisdienststellen und Fachabteilungen oft erst nach Aufforderung berichteten und dann die Meldungen der Polizei, die sie also erhielten, wörtlich übernahmen, ohne sie aus der Sicht der Geheimpolizei zu werten oder zu ergänzen. Außerdem gab es immer wieder erhebliche Aktualitätsverluste.

Die Staatssicherheit gewann ihre Erkenntnisse zuerst und hauptsächlich auch in Potsdam aus den Berichten ihrer unterschiedlichen Strukturen und derer Spitzel, die die

„Auswertungs- und Kontrollgruppe“ zusammenfasste. Dazu gehörten auch die „Abteilung XX Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund“ und die „Abteilung XVIII Sicherung der Volkswirtschaft“, die sich vertikal in die „Linien XX bzw. XVIII“ mit Hauptabteilungen im Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit und entsprechende Struktureinheiten in den Kreisverwaltungen des MfS eingliederten. Einen guten Überblick über diese Informationsgewinnung gibt ein Bericht für den März 1989, der von der „Sicherung der Vorbereitung der Kommunalwahlen“ geprägt war.³³ Hier ging es um die „Sicherheit“ in den Gebäuden mit Wahllokalen und die „sicherheitspolitische Überprüfung“ derjenigen Personen, die zur Auswertung der Wahl im Bezirksrechenbüro arbeiten sollten. Kontrolliert wurden auch die „Eingaben“ der Bevölkerung im Bezirk Potsdam, die in durchschnittlich drei von 100 Fällen eine Nichtteilnahme an den Wahlen ankündigten. Ein weiterer Beobachtungsschwerpunkt waren die „Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte“ gegen den staatlichen Umweltschutz und die Wasserwirtschaft.

Detaillierte Informationen über die Situation enthielt dann eine Konzeption der „Abteilung XVIII“ zur „politisch-operativen Lage“ und „Tätigkeit“.³⁴ Hier ging diese Abteilung davon aus, dass nach der Kontrolle der Kommunalwahlen die „gegnerischen Aktivitäten zur Inspirierung und Formierung der PID“ [Politisch-Ideologischen Diversion] zunehmen und zur „politischen Untergrundtätigkeit“ führen würden.³⁵ Schwerpunkte waren dabei das „Zentralinstitut für Astrophysik“ [ZIAP], das „Zentralinstitut für Physik der Erde“ [ZIPE] und die „Forschungsstelle für Hochdruckforschung“ der Akademie der Wissenschaften der DDR.³⁶ Hier würden seit einiger Zeit die „Bestrebungen“ „feindlich-negativer und oppositioneller Kräfte“ mit zum „Teil öffentlichkeitswirksamen Handlungen und Aktivitäten“

zunehmen. Diese „Angriffe“ richteten sich – unter dem Deckmantel der evangelischen Kirche – insbesondere gegen die „führende Rolle“ der SED, ihre Kirchenpolitik und die des Staates, die Umsetzung der Menschenrechte in der DDR und die „sozialistische Demokratie“. Dabei bezogen sich die Oppositionellen, angeblich durch den „Gegner“ im Westen instruiert und inspiriert, auf Reformen in der Sowjetunion und in anderen Ländern des „Realsozialismus“. Die Staatssicherheit bespitzelte, zersetzte und bekämpfte diese Bürgerrechtler im „Operativen Komplex Quadrat“, ³⁷ in den „Operativen Vorgängen“ [OV] „Grün“ und „Konkret“ sowie in den „Operativen Personenkontrollen“ [OPK] „Robbe“ und „Drachen“. Dazu kamen im ZIAP das „Operative Ausgangsmaterial“ [OAM] „Grenze“, die OPK „Ratte“, die „Archivierte Operative Personenkontrolle“ [AOPK] „Telefon“, im ZIPE die OPK „Initiator“ und beim Meteorologischen Dienst Potsdam die OPK „Ball“. ³⁸ Außerdem „führte“ das MfS die OPK „Horoskop“, „Sputnik“ und „Umsetzer“. ³⁹ Die betroffenen Wissenschaftler der Akademieinstitute hatten nach den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 deren Ergebnisse kontrolliert, gezählt und ihre im Widerspruch zu den öffentlichen Angaben stehenden Zahlen veröffentlicht. ⁴⁰ Außerdem versuchten sie, Angaben zum Umweltschutz zu erhalten. Neben den Akademieinstituten gab es „abweichendes Verhalten“ wie das Anzweifeln der Wahlergebnisse im Datenverarbeitungszentrum Potsdam, im „VEB [Volkseigener Betrieb] Deponie Potsdam“ und „VEB Energiekombinat Potsdam“. ⁴¹

In dieser für sie bedenklichen Situation plante die Potsdamer „MfS-Abteilung XVIII“, weiterhin die inoffizielle Basis mit „Inoffiziellen Mitarbeitern“ und „Geheimen Mitarbeitern Sicherheit“ [GMS] zu verstärken. Dazu gehörten die „Inoffiziellen Mitarbeiter mit Feindberührung“

[IMB] „Wolfgang Arndt“, „Ernst“ und „Michael Schwarz“, die „Inoffiziellen Mitarbeiter Sicherheit“ [IMS] „Heydrich“ [Dr. Rainer Söllner], „Lothar Gärtner“ [Dr. Albrecht Schulze], „Lutz Becker“ [Ingolf Schumann]⁴², „Professor“⁴³ und „Klaus Peter“, die „Inoffiziellen Mitarbeiter für einen besonderen Einsatz“ [IME] „Waldemar Fuchs“ [Klaus-Dieter Petzsch] und „Stürzer“ [ein Mitglied des Potsdamer Parteivorstandes der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, DBD] sowie der GMS „Jochen Gränz“.⁴⁴

Einige Monate später kam die „Abteilung XVIII“ zu dem Ergebnis, dass sich der „Druck der Kräfte des politischen Untergrundes“ verstärkt habe und sich darüber hinaus die Flucht aus der DDR und das Nichtzurückkehren von Besuchsreisen in den Westen vermehrt hatten.⁴⁵ Die Oppositionellen im Bezirk und besonders in der Stadt Potsdam bezogen sich weiterhin auf Reformen in den „realsozialistischen“ Staaten und griffen die „führende Rolle“ der SED an.⁴⁶ Besonders besorgniserregend erschienen dem MfS weiterhin die „feindlich-negativen Kräfte im Untergrund“ im ZIAP.

Besonders wichtig war es der Staatssicherheit immer, die „gesellschaftlichen Kräfte“ aus unterschiedlichsten Bereichen, so der „Nationalen Front“, der Räte der Bezirke, der „Blockparteien“ und der an Hoch- und Fachschulen, bei Veranstaltungen und bei der Bearbeitung von „Eingaben“, im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich einzusetzen. Dazu mussten die „Kader“ der Staatspartei aber noch stärker davon überzeugt werden, dass der Kampf gegen den „politischen Untergrund“ nicht nur Sache der Geheimpolizei sondern auch der SED-Leitungen sei. Allerdings hatte sich der Einsatz „gesellschaftlicher Kräfte“ bei „allgemein agitatorischen Einsätzen“ und bei „demonstrativen Aktivitäten personeller Handlungsräume“ nicht bewährt, da oft „konkrete Festlegungen“ fehlten. Grundsätzlich sei auch hier die „führende Rolle“ der SED

zu stärken und es wären „Einfluss- und Betreuungspersonen im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich“⁴⁷ einzusetzen, die über „fachliche Kompetenz“ verfügen würden sowie „politische Überzeugungskraft“, „Durchsetzungsvermögen“ und „rhetorische Fähigkeiten“ besäßen.

Im Bereich der Kirchen kommt beim Kampf gegen oppositionelle „personelle Zusammenschlüsse“ in den Augen des MfS den Referenten für Kirchenfragen in den staatlichen Innenverwaltungen besondere Bedeutung zu. Außerdem sollten Spitzel in den Kreis- und Gemeindegemeinderäten tätig werden und „Irregeleitete und Mitläufer“ seien durch Übertragung konkreter Aufgaben, so im Umweltschutz, in die Strukturen der Diktatur einzubinden. Auch die Öffentlichkeitsarbeit wäre zu verbessern – hieß es weiter – und unter Führung der SED gehe es um die Erarbeitung „konkreter, lagebezogener Vorschläge“ zur „vorbeugenden Bekämpfung feindlicher, oppositioneller Kräfte und deren Aktivitäten“. ⁴⁸

Nach dem Mauerbau 1961 hatte sich auch die Bevölkerungsstruktur Potsdams verändert: Der Anteil der Berufstätigen im produzierenden Handwerk bzw. in kleineren Betrieben ging zurück und der Anteil nichtproduzierender Bereiche erhöhte sich. Zu dem ständig steigenden prozentualen Anteil von SED-Mitgliedern und von Menschen, die keine lebensgeschichtliche oder familiäre Beziehung zu Potsdam hatten, führten allein schon die Einrichtungen der SED, der Staatssicherheit, der Volkspolizei, der Volksarmee, der Grenztruppen/des Zolls, der Hochschulen und des Leistungssports. Zu den wichtigen Hochschulen gehörten die Pädagogische Hochschule mit 1989 3.200 Direktstudenten, 800 weiteren Studenten und 1.400 Mitarbeitern,⁴⁹ die „Hochschule für Film und Fernsehen Konrad Wolf“ und die „Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften“ [bzw. für „Staat und

Recht“]. Dazu kamen die bereits erwähnten naturwissenschaftlichen Institute der Akademie der Wissenschaften und der Meteorologische Dienst. Aber auch die evangelischen Kirchen unterhielten in Potsdam mit der „Evangelischen Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogik“ in der Johannes-Dieckmann-Allee 5/6 [heute wieder Alleestraße] bzw. mit der „Ausbildungsstätte für evangelische Gemeinmediakonie und Sozialarbeit“ in der Berliner Straße im „Civil-Waisenhaus“ sowie der Ausbildung künftiger Theologen im „Kirchlichen [evangelischen] Oberseminar [Potsdam-]Hermannswerder“ [KOS]⁵⁰ Bildungseinrichtungen. Auch gehörten die Potsdamer Kirchen mit 30 Institutionen bzw. Einrichtungen und über 1.000 Beschäftigten zu den größten Arbeitgebern der Stadt.⁵¹ Potsdam war aber nicht nur Garnisonsstadt der Nationalen Volksarmee sondern auch der sowjetischen Truppen, die ganze Stadtviertel besetzt hielten. So waren in einem hermetisch abgeriegelten „Militärstädtchen“ nördlich des „Neuen Gartens“ die sowjetischen Geheimdienste untergebracht und die Spionageabwehr betrieb hier in der Leistikowstraße ihr Untersuchungsgefängnis.⁵²

Bezogen auf widerständiges Verhalten geht Peter Ulrich Weiß als hervorragender Sachkenner zu Recht davon aus, dass urbane Ballungsräume in der Regel die soziokulturelle Voraussetzung für die Herausbildung einer politischen Oppositionsszene sind.⁵³ Da in Brandenburg dörfliche und Kleinstadtatmosphäre herrschten, waren die Zentren der Opposition die Bezirksstädte, wobei Potsdam eine herausragende Rolle zukam. Gleichzeitig war in der Region Ost-Berlin für oppositionelles Handeln ausschlaggebend. Wie auch in anderen Teilen der DDR war der Schutz besonders einiger evangelischer Kirchen oder Gemeinden für widerständiges Verhalten wichtig und dabei spielten die

evangelischen Ausbildungseinrichtungen in Potsdam eine herausgehobene Rolle.

In der Bezirksstadt Potsdam arbeiteten wichtige oppositionelle Zusammenschlüsse wie die Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz und Stadtgestaltung „ARGUS“ und die „Arbeitsgemeinschaft Pfingstberg“ unter dem Dach des Kulturbundes sowie die Gesprächskreise „Schmiede“ und „Kontakte“ in der Friedrichskirchgemeinde in Potsdam-Babelsberg. Andere Gruppen ebenfalls unter dem Dach einzelner evangelischer Gemeinden waren die Dritte-Welt-Gruppe „Tierra Unida“, der „Frauenkreis der Friedrichskirchgemeinde“, der „Friedenskreis des Kirchenkreises Potsdam“, der „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ und der „Hauskreis Hugler“.⁵⁴ Dazu kamen der „Freundeskreis der Wehrdiensttotalverweigerer“, „Punks“ und eine „Antifa-Szene“ mit der „Anti-Skinhead-Liga“, die im Juli und September 1989 mit Aktionen gegen den Rechtsradikalismus auf sich aufmerksam machten, sowie eine subkulturelle Szene.⁵⁵ Eine besondere Rolle spielte der ökumenische [bzw. katholische] Kreis „Arche“ unter dem Dach der katholischen „Peter und Paul-Gemeinde“, der regelmäßig systemkritischen Referenten ein Podium bot.⁵⁶

Auch in Potsdam kam es nach der Aufdeckung des Betruges der Fälschungen bei den Kommunalwahlen am 7. Mai zu einer Legitimationskrise der Diktatur. Nach späteren Untersuchungen der Kriminalpolizei gab es in Potsdam-Stadt 5.112 gültige Gegenstimmen, die auf 1.599 Nein-Stimmen reduziert worden waren.⁵⁷ Das führte später zu mehreren Verurteilungen, unter anderen die des Potsdamer Oberbürgermeisters Wilfried Seidel. Eine weitere Verschärfung der Situation war auch in Potsdam mit der Flucht- und Ausreisewelle im Sommer und Früherbst 1989 sowie mit dem Jubel der SED-Führung über

das Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ in Peking⁵⁸ verbunden.

Die zur Friedlichen Revolution führenden Massenproteste setzten in Potsdam, auch unter dem Einfluss einzelner Bürgerrechtler und aufbegehrender Persönlichkeiten – darunter vieler evangelischer Pfarrer und von Gemeindemitgliedern – später als etwa in Leipzig ein, erreichte aber mit dem 7. Oktober 1989 einen ersten Höhepunkt.⁵⁹ Auch Brandenburg war jetzt für die kommunistische Diktatur endgültig keine „Überlebensinsel“ mehr. Das zeigt auch die grundlegende Arbeit zum Ende der SED-Diktatur in der Region Brandenburg und besonders in Potsdam von Jutta Braun und Peter Ulrich Weiß.⁶⁰ Für diese Autoren liegen die Gründe für das Ende der kommunistischen Diktatur – wie in der gesamten DDR und genauso in den anderen mittelosteuropäischen Staaten – auch in Potsdam allgemein in der sowjetischen Reformpolitik, im Glaubwürdigkeitsverlust der kommunistischen Ideologie und Herrschaft, in der Modernisierungsunfähigkeit der Planwirtschaft und im Aufkommen von Gegenöffentlichkeiten, oppositionellen Bewegungen sowie subkulturellen Strömungen. Gleichzeitig gehen sie davon aus, dass die Rolle der Regionen und ihrer revolutionären Modernisierungskraft in diesem Prozess noch nicht ergründet seien. Für die drei brandenburgischen Bezirke Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam stellen Braun und Weiß fest, dass Widerspruchsgeist und „ideologische Entkräftung“ hier stärker waren als bisher angenommen. Zwar hätten die revolutionären Schwerpunkte 1989 in Ost-Berlin, Sachsen und Thüringen gelegen, doch blieb auch in Brandenburg die Unterstützung für das zusammenbrechende System aus. Die regionalen Leitungen der Staatspartei zeigten sich auch hier unfähig, die Diktatur eigenverantwortlich zu verteidigen. Das destabilisierte die kommunistische

Herrschaft und führte mit den lokalen Oppositions- und Protestbewegungen zu ihrem Ende.

Besonders wichtig für die revolutionäre Entwicklung war in Potsdam das „Neue Forum“ und nach ihrer Gründung gewann die Sozialdemokratische Partei in der DDR⁶¹, auch durch ihre Unterstützung besonders durch Sozialdemokraten aus der Potsdamer Partnerstadt Bonn, aus West-Berlin und Nordrhein-Westfalen, schnell an Gewicht. Auf Seiten der Macht wurde dies spätestens am 15. November deutlich, als der Erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, Günther Jahn, - wie bereits erwähnt - von seinem Amt zurücktrat. Die Ämter des Ersten Bezirkssekretärs und des Ersten Kreissekretärs übernahmen jetzt Heinz Vietze und Rolf Kutzmutz.⁶² Jetzt ergriff, wie Weiß ausführt, Panik, Unsicherheit und Existenzangst den regionalen SED- und Staatsapparat. Allerdings gelang es Vietze und Kutzmutz gemeinsam mit den SED-„Reformern“, den Potsdamern Professor Lothar Bisky und Professor Michael Schumann, die Mitgliederzahl der SED bzw. der „Partei des demokratischen Sozialismus“ im Bezirk Potsdam auf dem Niveau von rund einem Fünftel der Mitglieder, das waren 46.000 Menschen, zu stabilisieren.

Nach dem Fall der Berliner Mauer unter dem Druck der Demonstranten auf den Straßen Ost-Berlins am 9. November und der Öffnung der Grenze zwischen Potsdam und West-Berlin am folgenden Tag wandten sich immer mehr Protestierende vom Ziel einer erneuerten DDR ab. Der Protest auf den Straßen verlagerte sich verstärkt in Gremien wie die Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit⁶³, in Potsdam den „Rat der Volkskontrolle“⁶⁴, die „Runden Tische“ und in andere Arbeitsgruppen der Bürgerbewegung, die ihrerseits auf die Arbeit des Rates des Bezirkes, des Rates des Kreises und der Stadtverordnetenversammlung in Potsdam Einfluss

nahmen. Jetzt vollzog sich ein radikaler Themenwechsel hin zur Zukunft Brandenburgs in einem vereinten Deutschland. Mit der Volkskammerwahl am 18. März 1990 begann schließlich eine weitere Revolutionsphase, die sich bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 erstreckte, die hier aber nicht mehr beschrieben wird.



Forschungslage und Archivsituation

In den Jahren 2009 und 2010 erinnerten sich die Deutschen an die Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 als ein Ereignis, mit dem im westlichen Teil Deutschlands die Lehren aus der Vergangenheit gezogen wurden und eine bis heute grundsätzlich stabile deutsche Demokratie entstand. Dies war – wie im Ruf aus Leipzig und in den Leipziger Thesen der Initiative „Tag der Friedlichen Revolution – Leipzig 9. Oktober 1989“ formuliert⁶⁵ – die Voraussetzung für die Rückkehr Westdeutschlands als gleichberechtigter Partner in die westliche Völker- und Wertegemeinschaft. Den Menschen in der kommunistischen deutschen Diktatur blieb dieser Weg für vier Jahrzehnte versperrt. Die Ostdeutschen lebten in einer totalitären Diktatur unter dem Diktat der sowjetischen Hegemonialmacht. Erst durch die Friedliche Revolution in der DDR und den durch sie bedingten Fall der Berliner Mauer beendeten sie 1989 diesen erzwungenen und unfreien Zustand. Die ostdeutschen Revolutionäre errangen die Freiheit und schufen gleichzeitig die Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung sowie den weiter voranschreitenden europäischen Einigungsprozess. Die Erinnerung an diese Revolution stand auch 2014/2015 im Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit und jetzt ist es an der Zeit, die noch vorhandenen Forschungslücken – so auch in Potsdam – zur Geschichte widerständigen Verhaltens und politischer Repression in der kommunistischen deutschen Diktatur zu schließen. Die Lösung dieser Aufgabe wird noch viele Jahre dauern und erheblicher Anstrengungen bedürfen.

Entsprechend der Oppositionsgeschichte der DDR liegen die territorialen Schwerpunkte der Veröffentlichungen zu diesem Thema in Berlin, Sachsen und Thüringen sowie in verschiedenen Städten im Süden der DDR. Dabei ist grundsätzlich in den letzten Jahren die Zahl der Publikationen zu einzelnen Regionen und Städten gewachsen, wobei Brandenburg seinen bisherigen Rückstand partiell ausgleichen konnte. Eine gute Literaturübersicht dazu gibt die Bibliographie von Rainer Eckert,⁶⁶ die seit dem Herbst 2016 vom Archiv Bürgerbewegung Leipzig als Online-Edition herausgegeben und ständig aktualisiert wird.

Mit diesem Thema beschäftigte sich auch der Brandenburger Landtag von 2010 bis 2014, also sehr spät, mit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ - allerdings nur am Rande.⁶⁷ Die Forschungssituation wurde nach einem mündlichen Vortrag von Rainer Eckert trotz aller Erfolge als durch erkennbare Probleme und Mängel gekennzeichnet eingeschätzt.⁶⁸ In den Empfehlungen für die künftige Arbeit hieß es dann, dass die Kommission empfehlen würde, „Widerstand und Opposition gegen die kommunistische Diktatur zukünftig besser zu erforschen, angemessen zu dokumentieren und öffentlich darzustellen“. ⁶⁹ Dafür wurden die Vergabe von Forschungsstipendien und eine Forschungsanschubfinanzierung ins Auge gefasst. Ein für vorliegende Arbeit gestellter Antrag auf Förderung blieb jedoch unberücksichtigt.

Bei der weiteren Erforschung der regionalen Geschichte von Opposition und Widerstand sowie der politischen Repression - teilweise einbegriffen auch Bezirk und Stadt Potsdam - kann auf eine vielfältige allgemeine Literaturbasis zurückgegriffen werden. Dies gilt für die

verschiedenen Formen widerständigen Verhaltens in der DDR⁷⁰, für die Friedliche Revolution⁷¹ und für die Staatssicherheit.⁷² Eine umfassende monographische Darstellung von widerständigem Verhalten und Friedlicher Revolution in der Bezirksstadt Potsdam ist allerdings noch nicht vorgelegt worden.

Die Potsdamer Lücken in der Erforschung der Geschichte von Opposition, Widerstand und Friedlicher Revolution machen auch Jutta Braun und Peter Ulrich Weiß in ihrem wichtigen Sammelband zur Revolution von 1989/90 im Land Brandenburg aus.⁷³ Gleichzeitig erkennen sie in den letzten Jahren hier eine Kehrtwende und meinen zu Recht, dass im Land Brandenburg die Stadt Potsdam am besten erforscht ist. Ihr Sammelband enthält dann neben Ausführungen zum Niedergang der SED-Diktatur in der Region, über Widerstand und Revolution im Land Brandenburg Beiträge zur Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Potsdam⁷⁴, zur Umweltgruppe „ARGUS“⁷⁵, zur „Arbeitsgemeinschaft Pfingstberg“⁷⁶, zur katholischen bzw. ökumenischen Basisgruppe „Arche“⁷⁷, zur „Hochschule für Film und Fernsehen der DDR Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg⁷⁸ sowie zum Brandenburger Spitzensport.⁷⁹ Neben Schilderungen der Situation Potsdams⁸⁰ wandten sich weitere Forschungen vor allem den Haftanstalten des MfS und der sowjetischen Besatzungsmacht bzw. der Westgruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland zu.⁸¹

Die allgemeine politische und gesellschaftliche Situation in Potsdam beschrieben Peter-Ulrich Weiß und Jutta Braun in einer die Zeit zwischen den 1980er und dem Anfang der 1990er Jahre umspannenden Monographie.⁸² Wichtig für die Bearbeitung meines Themas waren auch die bereits erwähnten Arbeiten von Braun und Weiß zur Friedlichen Revolution in Potsdam⁸³ sowie die Veröffentlichung von